

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Albert Paull, Magdeburg. — Verantwortlich im Inlande: Wilhelm Windan, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Paull & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse 1924 bis 6267. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag. Seite 110. — Verkaufspreis: Monatlich 2,00 Mark, Abholer 1,80 Mark (Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig).

Anzeigenpreise: Die Originalpreise 27 Millimeter breite Nonpareilzeile beträgt 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pf., Vereinskalender 30 Pf., die dreispaltige 30 Millimeter breite Reklamezeile beträgt 100 Pf., auswärts 150 Pf., Abatit geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Platzvorschriften keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 24.

Magdeburg, Mittwoch den 10. Februar 1926.

37. Jahrgang.

Schutztruppe der Fürsten.

Verstöße gegen Treu und Glauben.

Wer die Kommunistenpresse in diesen Tagen in die Hand bekommt und einigermaßen über die Vorgänge im politischen Leben im Bilde ist, legt sie mit dem Gefühl des Ekels wieder aus der Hand. „Verrat, Verrat, Verräter!“ So schallt es in einem fort, so springt es in fetten Letztern aus jedem Artikel. Von der ersten bis zur letzten Seite. Jeder Satz, jeder Artikel ist dazu bestimmt, sozialdemokratische Arbeiter gegen ihre Führer aufzuputzen. Und dieses hysterische Geschrei nennen die Kommunisten „Herstellung der Einheitsfront“.

Die Kommunistenpresse hatte sich ein ganze Zeit eines etwas anständigeren Lones befleißigt. Das war nach dem Platzen der Linken durch das Moskauer Diktat. Und reichte ausgerechnet bis zu dem Tage, da der Arbeiterschaft verkündet wurde, daß sich Vertreter der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei in Berlin auf einen gemeinsamen Antrag für den Volksentscheid zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten geeinigt hatten, ebenfalls auf Richtlinien zur Durchführung dieses schweren Werkes.

Während Optimisten schon hofften, daß diese erste gemeinsam begonnene Aktion eine gute Vorbedeutung für eine spätere Annäherung der beiden proletarischen Parteien sein möge, hielten es die Kommunistenführer mit ihrer

alten Taktik der Hinterhältigkeit.

Sie sann auf Verrat, sann darauf, wie aus Volksbegehren und Volksentscheid auf Kosten der Sozialdemokratie kommunistische Parteigeschäfte zu machen wären.

So begann denn just am Tage nachdem die Vertreter der Parteien in Berlin ihre Bundesbrüderchaft im Kampfe gegen den Raubzug der Fürsten durch einen Händedruck besiegelten, eine schamlose Hecke gegen die sozialdemokratischen Führer, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Zunächst faßte man sich vor die Stirn und glaubte es nur mit Entgeleisungen einiger kommunistischer Blätter zu tun zu haben, sollte aber bald erfahren, daß diese Hecke auf der ganzen Linie eingeseht hatte, geleitet nach einem bestimmten Plane. Dieser kommunistische Feldzugsplan gegen den sozialdemokratischen Kampfgenossen wurde denn auch am 3. Februar durch einen Zufall an die Öffentlichkeit gebracht. Er ist festgelegt in einem geheimen Rundschreiben der politischen Abteilung der kommunistischen Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, dessen Kernsätze wir schon mitteilten, das wir aber, da es von der Kommunistenpresse als „harmlos“ hinzustellen versucht wird, im Anschluß heute etwas ausführlicher geben. Möge jeder Arbeiter die richtigen Lehren daraus ziehen.

Um die Kommunistenführer in ihrer vollen Treulosigkeit und Hinterhältigkeit zu zeigen, lassen wir noch einmal

die Berliner Abmachungen

folgen. Am Tage nach dem Abschluß erging folgende parteiamtliche Mitteilung:

Die kommunistische Partei hat sich gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei auf folgende Punkte über die Durchführung des Kampfes um das Volksbegehren geeinigt:

1. Herstellung und Finanzierung der Einzeichnungslisten sowie der erforderlichen Plakate mit dem Geselbentwurf und der Aufforderung zur Einzeichnung erfolgt je zur Hälfte durch die Sozialdemokratische und kommunistische Partei.

2. Die Einzeichnungslisten werden zentral hergestellt und an eine für jeden Bezirk vereinbarte Adresse geschickt. Der Verbandsrat aller Gemeinden hat von dort aus mittels Einschreibebrief oder gegen Rückquittung an alle Städte und Gemeinden zu erfolgen.

3. Die Plakatherstellung und -verbreitung erfolgt nach demselben Schlüssel durch beide Parteien. In den Bezirken erfolgt zwischen den beiden Parteien eine Verständigung über die zu bearbeitenden Gemeinden, damit doppelte Arbeit vermieden wird.

Alle organisatorischen Vorbereitungen sind mit der größten Gewissenhaftigkeit zu treffen, um eine Riesenzahl von Wählern zur Einzeichnung für das Volksbegehren zu veranlassen. Die sonstige Propaganda — Versammlungen, Demonstrationen und andre Veranstaltungen —, die zu diesem Zwecke vorgenommen wird, ist von den einzelnen Korporationen entsprechend den gefassten Beschlüssen der Verhandlungskommission selbstständig zu führen.

Der Sinn des letzten Absatzes ist, getrennt zu marschieren, um vereint zu schlagen. Jede Partei sollte verpflichtet

sein, aus dem Lager der Indifferenten und selbst der Gegner für den Kampf gegen die Fürsten heranzuholen, was irgend heranzuholen ist. In diesem Sinne nahm die Sozialdemokratie sofort den Kampf für einen günstigen Volksentscheid auf. Und die Kommunisten? Laut lärnten sie los, aber nicht gegen den Fürstentaub, sondern gegen die Führer der Sozialdemokratie.

Inteneu, dein Name ist Kommunist!

So ist es nicht erst seit heute. So ist es all die langen Jahre hindurch gewesen, da sich die Arbeiterparteien zum Gaudium und zum Nutzen der Reaktion zerfleischten. Der kommunistischen Spaltungstaktik ist so manche Errungenschaft der Revolution zum Opfer gefallen. Dieser Spaltungstaktik, geboren aus Weltrevolutions-Traum und der Verblendung, durch Verzeigung und Zerfurchung der großen Sozialdemokratischen Partei den Klassenkampf zu befeuern, hat die Sozialdemokratie in der Abwehr so manches Mal große Teile ihrer kostbaren Kraft opfern müssen, die naturgemäß für den Kampf gegen die Reaktion verloren waren.

So wirkte die kommunistische Partei wo und wie sie auch auftrat, ob sie dies oder jenes Ziel zu verfolgen vorgab, ob ihr Feldgeschrei diese oder jene Parole war, immer reaktionär. Die Kommunisten sind — bewußt oder unbewußt — stets der Vorkämpfer der Reaktion gewesen. Sie haben republikanische Regierungen stürzen helfen und reaktionären in den Sattel geholfen; sie tragen die Schuld daran, daß ein Monarchist zum Präsidenten der deutschen Republik gewählt werden konnte; sie erweisen sich auch jetzt wieder in ihrem hinterhältigen Kampfe gegen den sozialdemokratischen Kampfgenossen als

Schutztruppe der fürstlichen Räuber.

Denn darüber muß sich jeder vernünftige Mensch klar sein: mit Verrat im eignen Lager ist der schwere Kampf für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten nicht siegreich zu beenden, da auf der andern Seite eine wirkliche Einheitsfront steht: die Einheitsfront des Bürgertums. Dort war man verortet aufgefahren, als das Zusammengehen von Sozialdemokraten und Kommunisten in der Fürsten-Enteignungsfrage bekannt wurde. Das Herz klopfen verlor sich aber, als man sah, daß die Kommunisten, statt ihre ganze Kraft für den Volksentscheid einzusetzen, den Bruderkrieg gegen die Sozialdemokratie organisierten. Es ist bezeichnend, daß am Tage nach dem Bekanntwerden des kommunistischen Rundschreibens die Zentrums- und Sozialdemokratische Presse zum erstenmal Worte des Sohnes über eine solche „Einheitsfront“ fand.

Diese kommunistische Treulosigkeit hat, so groß sie ist, doch schon ein Beispiel in der Geschichte der jüngsten Zeit. In Hamburg war es, zur Zeit des Hamburger Putches im Hungerherbst 1923. Die Not der Arbeiterschaft war aufs höchste gestiegen. Da fanden sich Kommunistenführer und sozialdemokratische Gewerkschaftler zusammen und einigten sich abends auf einen eintägigen Proteststreik, verbunden mit einer wichtigen Demonstration. Am andern Morgen sorgten die Gewerkschaftsführer dafür, daß kein Arbeiter den Betrieb betrat. Die Kommunisten aber versuchten, aus der Hungerdemonstration ein Weltrevolutions-theater à la Hamburg zu machen, holten ihren fertigen Plan aus der Tasche und ließen die

Gewerkschaftsführer verhaften und einsperren.

Die Arbeiterschaft bekam aber davon Wind und befreite ihre Führer wieder aus dem Gasthof, wo man sie festgesetzt hatte.

Das war nur eine kommunistische Teilaktion. Aber derselbe Verrat, dieselbe Hinterhältigkeit, nur in viel größerem Maßstabe liegt heute vor. Wie damals, saßen am 26. Januar in Berlin Kommunisten und Sozialdemokraten über eine Aktion zu Rate. Wie damals einigte man sich auf einen gemeinsamen Feldzugsplan gegen die ansüßenden Fürsten. Wie damals aber auch hatten die Kommunistenführer die mit am Tische saßen, schon das verräterische Dokument in Vorbereitung, das der Dolchstoß für den Bundesbruder war. Denn das kommunistische Rundschreiben datiert vom 28. Januar und am 26. Januar saß man zusammen und gelobte sich Treue im Kampfe für den Volksentscheid, um zwei Tage später Verrat zu üben! Unter den Schlächtern: „Einheitskomitees“ und „Einheitsfront“.

„Pfui Teufel!“, wird jeder ehrliche Arbeiter denken und solcher Gesellschaft die Gefolgschaft auftragen. —

Der Dolchstoß.

Das kommunistische Rundschreiben, das ein günstiger Wind der „Vorwärts“-Redaktion acht Tage nach den Berliner Vereinbarungen auf den Tisch wehte, lautet in seinen wesentlichsten Punkten:

Berlin, den 28. Januar 1926.

An alle Mitglieder der S. L., an alle Pol.-Leiter der Verwaltungsbezirke.

Rundschreiben Nr. 12.

Nicht beiseitelegen! Nicht verbreiten! Betrifft: Aktionsausschüsse für die Durchführung des Volksentscheids zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten in den Verwaltungsbezirken!

Durch die Initiative der S. L., durch ihren unermüdbaren, kompromißlosen Kampf ist die Frage der Fürstenenteignung zu einer Massenbewegung herangereift, die es jetzt gilt, organisatorisch zusammenzufassen. Hier ist seit langen Jahren zum ersten Male wieder die Gelegenheit geboten, den leninistischen Grundsatze zu bewahren, daß es die Aufgabe der revolutionären Partei ist, zehn- oder hundertmal so viel Menschen mehr zu führen, zu organisieren und zu lenken, als sie selbst Mitglieder hat. Von der Reife unserer Partei ist es abhängig, ob die Partei dieser revolutionären Aufgabe gewachsen ist oder nicht, ob sie in der Lage ist, die jetzt noch chaotisch für die Fürstenenteignung interessierten Massen in ein organisatorisches Verhältnis zu bringen.

Das ist jetzt die wichtigste Aufgabe der S. L. Das ist seit Jahren die günstigste Gelegenheit, nicht nur breite Arbeitermassen, sondern auch weite Schichten des Mittelstandes und des Kleinbürgertums aus der Gefolgschaft der S. L. und zweifelslos auch aus der Gefolgschaft der übrigen bürgerlichen Parteien loszulösen, und sie in die Gefolgschaft der S. L. zu bringen.

Diesem Zweck sollen die Aktionsausschüsse in den Verwaltungsbezirken dienen. Es kommt also nicht so sehr absolut auf das organisatorische Verhältnis an, als auf den ideologischen Einfluß, den wir auf die uns politisch noch fernstehenden Massen gewinnen.

I. Das Fundament der Aktionsausschüsse.

Das Fundament der Aktionsausschüsse und des stärksten Einflusses muß das proletarische Element sein. Aus diesem Grunde müssen die Betriebsbelegschaften in Verwaltungsbezirk den ausschlaggebenden Einfluß in den Aktionsausschüssen haben. Um dies Fundament zu schaffen, ist notwendig:

a) Die Verwaltungsbezirksleitungen geben sofort den Betriebszellen den Auftrag, möglichst rasch zu einem festgesetzten Termin in den Betrieb über die Betriebsräte Belegschaftsversammlungen herbeizuführen, denen die Aufgabe gestellt wird, Einheitskomitees zu bilden.

b) Dort, wo es möglich ist, soll sich vor der Belegschaftsversammlung der Betriebsrat durch Annahme einer Resolution für die Fürstenenteignung und den Volksentscheid bereits festlegen, um so der Betriebsversammlung von vornherein eine Plattform zu geben.

c) Auch in Betrieben, wo wir keine Genossen haben, muß versucht werden, durch Sympathisierende, K. P. Leute usw. solche Betriebsversammlungen herbeizuführen, um Komitees für die Fürstenenteignung zu schaffen.

d) Die Betriebszellen haben die Namen und Adressen der Betriebsaktionsausschüsse sofort der Verwaltungsbezirksleitung mitzuteilen.

II. Die Bearbeitung der S. L. der Unterausschüsse der Gewerkschaften und des Reichsbanners im Verwaltungsbezirk.

Die S. L. hat generell für alle ihre Mitglieder die Anweisung herausgegeben, sich als Partei nicht an den gemeinsamen Aktionsausschüssen zu beteiligen. Dort, wo die Unterausschüsse der Gewerkschaften unter starkem Einfluß der S. L. stehen, ebenso das Reichsbanner, werden diese sich an die Anweisungen der S. L.-Leitung halten. Um aber diese Vorichtsmaßregel der Beeinflussung der S. L.-Arbeiter durch die kommunistische Aktion (gemeint ist die auf Zerstörung der S. L. gerichtete Aktion, nicht das Volksbegehren! Red. B.) zu durchkreuzen, ist es Pflicht der Verwaltungsbezirke, an die S. L., die Unterausschüsse der Gewerkschaften und an das Reichsbanner heranzukommen.

Das geschieht am besten dadurch, indem man die Einheitskomitees in den Betrieben beauftragt, bei der S. L.-Leitung, den Unterausschüssen der Gewerkschaften und der Reichsbannerleitung persönlich vorstellig zu werden, um von ihnen zu fordern, daß sie sich an den gemeinsamen Aktionen des gesamten Proletariats beteiligen.

(Keinen Brief schreiben von der Partei an.)

Gleichzeitig mit diesem Schritt muß man die S. L.-Arbeiter, die Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben davon informieren und den Versuch unternehmen, sie zu veranlassen, in den Mitgliederversammlungen der S. L., der Gewerkschaften und des Reichsbanners über dieses Unternehmen der Einheitskomitees bei den genannten Organisationen zu diskutieren, damit die Mitglieder von ihnen weiter verlangen, daß sich die Partei, das Reichsbanner und die Gewerkschaften der Gesamtkaktion anschließen.

III. Einberufung der konstituierenden Konferenz.

Sind diese Vorarbeiten unter I. und II. getroffen, dann muß die Verwaltungsbezirksleitung an die Vorbereitung einer konstituierenden Konferenz herangehen. Zu dieser Konferenz müssen eingeladen werden:

a) die Unterausschüsse der Gewerkschaften, S. L., Reichsbannerleute, die sich zur Beteiligung bereit erklärt haben,

Roter Frontkämpferbund, Roter Jungsturm, Internationale Arbeiterhilfe, Rote Hilfe.

b) alle Organisationen, die dem Reichsausschuss für Enteignung der Fürsten angehören...

Unter c) und d) folgt eine Aufzählung von Organisationen, die gleichfalls eingeladen werden sollen...

Es ist nicht immer erforderlich, daß unsere Genossen zahlenmäßig in diesen Ausschüssen die Mehrheit haben...

Die Frage der Fürstenenteignung ist für uns eine Frage um weitergesteckte Ziele, bei denen der Stimmgabel nur als agitatorisches Hilfsmittel in Betracht kommt...

Zu sämtlichen Konferenzen dieser Organisationen ist jeweils von der Bezirksleitung ein Referent anzufordern...

IV Bildung des engeren Ausschusses. Hier wird festgelegt, daß aus der Konferenz ein engerer Ausschuss gewählt werden soll...

V. Tätigkeit des Aktionsausschusses. Ueber die besondere Tätigkeit der Aktionsausschüsse werden noch Richtlinien herausgegeben...

Mit komm. Gruß. Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, Vol. Abtlg.

Klarer als in diesem Rundschreiben kann nicht ausgesprochen werden, daß den Kommunisten der Kampf um die Fürstenenteignung nicht Selbstzweck...

Bundesausschuss für Volksentscheid.

Auf seiner zweiten Tagung, die unter dem Vorsitz von Graßmann stattfand, beschäftigte sich der Bundesausschuss des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes...

Die Forderungen stehen überdies in tristem Mißverhältnis gerade zu der jetzigen Notlage, in die weite Kreise des Volkes, vor allem aber die Arbeiterklasse...

Viel Lärm um nichts.

Es ist kürzlich war im Zuge, wie sich zwei Knäpfernde über die Zukunft des Theaters unterhielten...

Das der zweite sagte, das befristete die Aufführung, die die Volkshäuser am Montag veranstaltete...

Man gerade das was einer den Knäpferer aus, daß er das Leben nicht nur von einer Seite anschaut...

diese ebenso selbstsüchtige wie beschämende Haltung der einstigen Beherrscher des deutschen Volkes.

Aus der Debatte ging hervor, daß die Gewerkschaften entschlossen sind, sich in den Grenzen, die die wirtschaftliche Notlage und die aus ihr sich unmittelbar ergebenden sozialen Verpflichtungen den Verbänden ziehen...

Der Bundesausschuss billigt die Vermittlungsalaktion des Bundesvorstandes zwischen den Arbeiterparteien zur Herbeiführung eines einheitlichen Gesekentwurfs...

Diese Entschliessung zeigt, wie irreführend die Behauptung der Kommunisten ist, die Gewerkschaftsführer und die Führer der Sozialdemokratischen Partei wollen den Volksentscheid abwürgen.

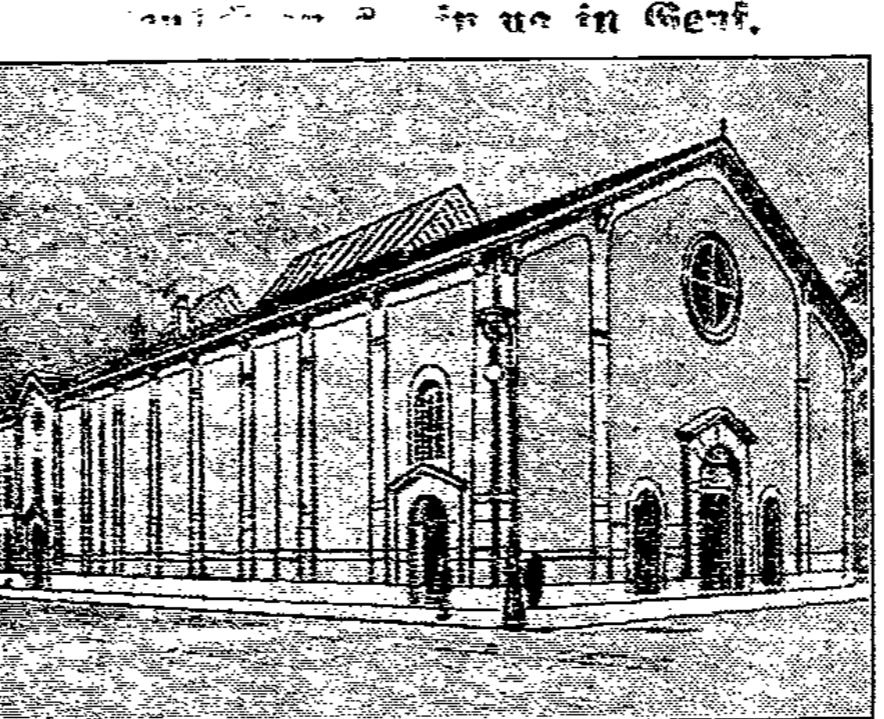
Die Anmeldung beschlossen.

Das Reichskabinett hat in seiner Montagitzung die Absendung einer Note einstimmig beschlossen, durch welche der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund angemeldet wird.

Vor den Friedensverhandlungen hat seinerzeit der Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau am 14. Februar 1919 in der Nationalversammlung erklärt:

Deutschland ist entschlossen, an der Ausgestaltung des Völkerbundes rüchtaarlos mitzuarbeiten.

Dieser Standpunkt änderte sich auch nach dem Bekanntwerden der Friedensbedingungen nicht.



Das Hauptquartier des Völkerbundes in Genf.

9. Mai 1919 fragte Deutschland vielmehr bei der Friedenskonferenz an, ob und gegebenenfalls unter welchen Umständen es in den Völkerbund eingeladen werden würde.

Aber die Alliierten und Assoziierten wollten damals von einer sofortigen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund

nichts wissen, verlangten vielmehr von Deutschland vorher die Innehaltung einer Art Bewährungsfrist. Infolge dieser ablehnenden Haltung und infolge der ungerechten Entscheidung über Eupen-Malmedy wurde die deutsche Öffentlichkeit gegenüber dem Völkerbunde äußerst zurückhaltend.

Wir hatten einen Antrag Deutschlands für verfrüht. Er würde der öffentlichen Meinung nicht entsprechen und den hartnäckigen Widerstand Frankreichs finden.

Der Widerstand Frankreichs wurde also damals als der wichtigste Grund gegen den Eintritt in den Völkerbund angegeben. Daß die Haltung Frankreichs auf der ersten Bundesversammlung von 1920 die Aufnahme Deutschlands noch nicht ermöglicht hätte...

Das Ministerium Wirth setzte die Politik des Außenministers Simons gegenüber dem Völkerbunde fort. Im gleichen Tage, als der britische Minister Lloyd George am 25. Juni 1922 erklärte, er wünsche Deutschland innerhalb des Völkerbundes, betonte Reichskanzler Wirth im Deutschen Reichstag:

Die dritte Bundesversammlung (1922) war enttäuscht, als ein Antrag Deutschlands ausblieb. Motta (Schweiz) äußerte sich damals in der dritten Kommission dahin:

Deutschland hat keinen Antrag auf Aufnahme gestellt. Ich hatte, offen gestanden, gehofft, daß dieser Antrag in diesem Jahre gestellt würde...

Im Januar 1923 begann der Ruhrkonflikt, der einen Eintritt Deutschlands für die vierte Bundesversammlung verhinderte. Von britischer Seite wurde der deutschen Regierung damals abgeraten, den Antrag auf Aufnahme zu stellen.

Erst nach dem Ruhrkonflikt begann die Aera der langsamen Annäherung Deutschlands an den Völkerbund. Man war jetzt allgemein überzeugt, daß nunmehr eine Verständigung zwischen den Völkern auf friedlichem Wege beginnen müsse...

Die deutsche Regierung lehnt den Eintritt in den Völkerbund nicht grundsätzlich ab.

Lehnlich äußerte sich Reichskanzler Marx am 12. Juli 1924 in einer Pressekonferenz. Freilich fehlte auf der fünften Bundesversammlung wiederum ein deutscher Antrag. Am 1. September 1924 erklärte der britische Premierminister MacDonald in der Völkerbundsversammlung, er würde es gern sehen, wenn die Bundesversammlung auf der diesjährigen Tagung in bezug auf die Frage des Eintritts Deutschlands zu einem Ergebnis gelange...

In Ausführung dieses Beschlusses wurde im September 1924 ein Memorandum an die im Völkerbunde vertretenen Staaten gesandt und nach Einlauf der Antworten am 12. Dezember 1924 eine Note an den Völkerbund, die dann in der Märztagung 1925 des Völkerbundsrates ihre

Konversationsgespräche geschrieben, die mit all ihren spitzfindigen Anspielungen dem Theaterbesucher von heute oft fernsteht und vor allem auch von den Darstellern nicht mit genügender Schärfe und Deutlichkeit, mit jener Geschliffenheit, die der Dichter meinte, wiedergegeben werden...

Die Fabel ist einfach: Claudius heiratet soll durch eine Fälschung seines mütterlichen Halbbruders - der Vastard ist bei Shakespeare gewöhnlich ein Intrigant, siehe „König Lear“ - vereitelt werden. Der Anschlag scheint zu gelingen, denn der Vastard entsetzt vor dem Trankstar einen Skandal, und es geht so aus, als hätte die Schmach, die er der Brant antut, nur kurz Vorübergehendes sein...

Weiß in der Gemeinde zu schweigen habe, mit beherzter Hand zerbroch. Freilich von dem Kassenwesen des Mittelalters hat sich der sonst so weitherzige Dichter nicht loszulassen gewagt. Seltene Menschlichkeit ist nur bei Schellenen zu finden, und die Bürger spielen - wie auch im Sommernachtsstraum - eine alberne Rolle. Offenbar hat Shakespeare mit feinseltigen im Landstädtchen Straßdorf jählechte Erfahrungen gemacht und wollte das Spiegeleisepad ordentlich durchwachen...

Es ging quälendbendig her im Wilhelm-Theater. Die jetzigen Mittel reichen nicht ganz zu: die Kirchenfenster saßen aus wie von den Faszisten zertrümmert, eine Kanzel ohne Schalldeckel ist keine rechte Kanzel und die zentrale Anordnung des Dramatikers ist verfehlt, weil die armen Schauspielere doch nach dem Publikum sprechen sollen und deshalb sozusagen einen Frontentzug führen müssen...

Man lauchte weidlich und spürte doch psychologische Tiefen, aus denen die Klagen des Mißes aufsprangen. So soll es in der ersten Komödie sein. Die Moderatoren jenseits sie uns nicht; Shakespeare wird sie alle überleben.

Beantwortung fand. Deutschland erhielt dadurch bestimmte Aussicht auf einen Sitz im Völkerbundsrat, während in der Durchmarschfrage der deutsche Standpunkt einer Sonderstellung nicht begünstigt wurde.

Der im Februar 1925 einsetzende deutsch-französische Notenwechsel bezüglich des Sicherheitspaktes brachte dann eine weitere Klärung der Frage. Als die französische Note vom 16. Juni 1925 den Beitritt Deutschlands zum Völkerbunde als Voraussetzung eines Sicherheitspaktes hingestellt hatte, erklärte sich Deutschland am 20. Juli 1925 zum Eintritt bereit, wollte freilich vorher die Bedenken wegen des Art. 16 der Völkerbundsatzung (Durchmarschrecht) beseitigt wissen.

Das letztere ist dann in Locarno durch die bekannte Erklärung der dort vertretenen Staatsmänner geschehen. Es wurde darauf in Art. 10 des Westpaktes bestimmt, daß der Vertrag in Kraft treten solle, sobald alle Ratifikationsurkunden hinterlegt seien und Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden sei.

Am 27. November 1925 wurde das Locarno-Gesetz und die Ermächtigung der Reichsregierung zum Eintritt in den Völkerbund mit 292 gegen 174 Stimmen (bei 3 Stimmenthaltungen) im Deutschen Reichstag angenommen.

In Ausführung dieses Beschlusses hat nunmehr die Reichsregierung den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund gestellt, nachdem sie dem Auswärtigen Ausschuß in der Sitzung vom 3. Februar nochmals Gelegenheit zur Äußerung in dieser Frage gegeben und dieser mit 18 gegen 8 Stimmen erklärt hatte, daß keine Bedenken gegen den sofortigen Eintritt beständen.

Damit ist der Kampf um den Völkerbund, der fast genau sieben Jahre gedauert hat, endlich zugunsten des Eintritts Deutschlands entschieden. Es ist zu hoffen, daß die deutsche Regierung nach ihrem Eintritt in den Völkerbund eine größere Konsequenz als bisher wird erkennen lassen.

Ausschussberatungen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschloß am Montag zur Abgeltung und Unterbrechung der Hochwasser-schäden die Beihilfe zur Vinderung der dringendsten Not von 3 auf 5 Millionen Mark zu erhöhen, ferner die Reichsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Feuerversicherungen auf das Gebiet der Zölle ausgedehnt und beschleunigt durchgeführt werden.

Bei dem Steuerabzug soll auf die durch das Hochwasser geschädigten Arbeiter besondere Rücksicht genommen werden. Von den von den Ländern zu ergreifenden Hilfsmassnahmen ist neben der Verwendung von Vorräten die billige Beschaffung von Kohlen und Baustoffen, von Düngemitteln und Saatgut und der Erlass von Darlehen ins Auge zu fassen. Außerdem wird die Reichsregierung ersucht, einen Sachverständigenausschuß zur Untersuchung der Ursachen der sich häufenden Hochwasser einzusetzen.

In der Beratung des Reichsjustizrats sprach sich Abgeordneter Landsberg (Soz.) gegen den Staatsgerichtshof aus, aber für die Beibehaltung der materiellen Bestimmungen zum Schutze der Republik bis zur Verabschiedung des neuen Strafgesetzbuches. Landsberg verlangte schließlich eine Vorlage über den Aufbau der Gerichtskosten und Anwaltsgebühren. Der Staatssekretär sagte eine baldige Erfüllung dieser Wünsche zu, lehnte es jedoch ab, künftig auf eine Vorauszahlung der Gebühren zu verzichten.

„Wildgewordene Bureautratten“.

In der Montagssitzung des Reichstags — der Sitzungsbericht ist in der Beilage nachzulesen — gab es zunächst ein kleines Vorbild für die kommende Mussolini-Debatte. Dem Reichsaußenminister Stresemann, der noch vor wenigen Wochen Mussolini gegen Angriffe des Sozialdemokraten Dr. Hilferding verteidigt hat, sind nun doch allmählich die rednerischen Entgleisungen des geisteskranken italienischen Diktators zu bunt geworden. Er verlangte vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort, um zu erklären, daß die Reichsregierung am Dienstag auf die Rede Mussolinis zu antworten gedenkt. Bald darauf lief auch eine Interpellation der vier Regierungsparteien ein, die von der Regierung Auskunft verlangen, welche Stellung sie zu den Ausführungen Mussolinis einnimmt.

Dann gab es einen kommunistisch-sozialdemokratischen Vorstoß zugunsten der Erwerbslosen und Kurzarbeiter. Nach einer Anfrage des kommunistischen Abg. Schütz, erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Aufhäuser, daß sich der Reichstag bei dem Versagen der Reichsregierung nicht mehr länger der Pflicht entziehen könne, die Frage der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und der Unterstützung für die Kurzarbeiter selbst in die Hand zu nehmen. Die Ankündigungen der Reichsregierung im Ausschusse seien vollkommen ungenügend gewesen. Die Sozialdemokratie werde schon in der Dienstagssitzung des Ausschusses ihre Anträge zu Gunsten der Erwerbslosen und Kurzarbeiter einbringen. Damit erklärten sich auch die Kommunisten einverstanden.

Die weiteren Stunden der bis nach 8 Uhr abends dauernden Sitzung waren ein einziger Angriff des Parlaments ohne Unterschied der Parteien auf die Personalverhältnisse in der Reichsbahnverwaltung. Der Verkehrs-ausschuß legte eine Entschließung vor, die den Reichstag auffordert, die Personalpolitik der Deutschen Reichsbahngesellschaft zu mißbilligen. Die Reichsregierung soll ersucht werden, von der Deutschen Reichsbahngesellschaft u. a. zu fordern, daß der weitere Massenabbau von Beamten und Arbeitern eingestellt wird, daß aufgehört werde mit der Rücküberführung von planmäßig kündbaren Beamten in das Arbeiterverhältnis, daß vielmehr diese Beamten wieder in ihr Beamtenverhältnis eingestuft werden und überhaupt die schweren Mißstände, die sich zwischen Verwaltung und Personal entwickelt haben, beseitigt werden.

Nach dem Vortrag des Berichterstatters sprach zunächst der sozialdemokratische Abgeordnete Steinkopf, der erklärte, man habe den Eindruck, daß nicht mehr Wirtschaftler, sondern „wildgewordene Bureautratten“ am Werke seien. Die Maßnahmen der Reichsbahngesellschaft hätten mit dem Reichsbahngesetz nichts mehr zu tun, so daß es unrichtig sei, die Damesgesetzgebung für diese Zustände ver-

antwortlich zu machen. Es sei eine Anhäufung von Mißständen: Die höheren Beamten erhalten hohe Zulagen, die Direktoren würden mit ungeheuren Gehältern ausgestattet, und für die Masse der Beamten und Arbeiter sei nichts vorhanden. In der Form milder, in der Sache nicht viel weniger deutlich, sprach der Zentrumsabgeordnete Groß, der ebenfalls rügte, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Masse des Personals sich ständig verschlechterten.

Der Kommunist Schütz, der seine Rede mit kräftigen Worten würzte und verlangte, daß die auf der Tribüne sitzenden Direktoren vor den Staatsgerichtshof gestellt werden, zog sich wegen seiner beleidigenden Ausdrücke einen zweimaligen Ordnungsruf des Vizepräsidenten zu. Sehr matt und schwach war die Antwort des Reichsverkehrsministers Dr. Krohne.

Nach 8 Uhr abends wurde die Aussprache abgebrochen. Nächste Sitzung Dienstag, 2 Uhr nachmittags.

Redensarten statt Hilfe.

Der Soziale Ausschuß des Reichstags hat am Montag seine Beratungen über die Knappschaftsnovelle unterbrochen, um das vom Reichskanzler Luther angeforderte Programm der neuen Regierung zur Erwerbslosenfürsorge im einzelnen entgegenzunehmen. Ministerialrat Weigert gab einleitend einen Bericht über den Stand des Arbeitsmarktes, wonach bisher von einer Verbesserung nicht die Rede sein kann. Die monatlichen Ausgaben für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge werden von der Regierung mit 114 Millionen, die Beitragseinnahmen mit 40 Millionen geschätzt; es wären also 74 Millionen vom Reiche aufzubringen. Diese Schätzung ist von der Sozialdemokratie bereits in den Beratungen des Haushaltsausschusses als falsch bezeichnet worden.

Auf Grund dieser ungünstigen finanziellen Situation erklärte die Reichsregierung nunmehr, nur die dringlichste Aufgabe, nämlich die Kurzarbeiterunterstützung, in Angriff nehmen zu wollen. Es wurde eine Verordnung angefügt. In allen übrigen Fragen: Erhöhung der Unterstützungsätze, Aufhebung der Karenzzeit, Verlängerung der Dauer der Unterstützung und in der Gewährung von einmaligen Beihilfen an die Ausgesteuerten soll nicht ge-

Die wohlklingenden Worte, die der Reichskanzler Luther in seiner Regierungserklärung für die notleidenden Erwerbslosen gebraucht hat, waren also nichts als Redensarten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird nunmehr von sich aus die erforderlichen Anträge einbringen.

Fegt gründlich aus!

Jetzt kommt der große Stagenhammer und sprengt der Katakombe Ausschluß-Blombe — entwickelt in der Moabitier Dunkelkammer plakt nun bei Nacht des Urteils Bombe. Was schiffst das Fallbeil man den „Händen“ und brach dem Volk zuliebe hier den Stab, indes den „Kopf“ man freisprach und von Senden distret den Freipaß wie den Jagdschein gab. Behüt dich Gott, es war so schön gewesen...! (Wie Grewesmühlen, Berlach unentwegt.) Doch was zwickel ist, ist zwickel — jetzt kommt der Besen und halbe, halbe wird gefegt!

Jetzt geht mit Grundeis schon so manche Hoje — denn die im Stich gelassenen Mörder werden wild! Jetzt fackel zusammen, ach, so manche Selberpofe — den jetzt belichtet sich das Dunkelkammerbild! Jetzt schmeißt Licht in diese Finsternisse: was vor Gerichtes drav im Dunkel lag (so kriegt auch Mörderfreundschaft ihre Nisse!), das bringt man nun durch Anberwandte an den Tag — Behüt dich Gott, es war so schön gewesen — doch Schirmmanns Schwelger und Frau Stein packt aus! Verraten und verkauft greift wütend man zum Besen — jetzt wird enthüllt und jetzt — tomml's raus!

Jetzt wird nicht mehr geschwiegen und getäpelt — von den Verratenen wird die Presse informiert; es werden Staatsanwälte, Verteidiger belastet, und die Zusammenhänge werden koloriert. Jetzt tauchen ob des Söderstrahls Kränkung — freimög enthüllt man des Geheimnis wutensbrant! — die Spieler endlich auf aus der Verjüngung, und blinde Mut gibt sie in unsre Garb! Behüt dich Gott, es war so schön gewesen — jetzt hat der Untersuchungsausschuß Material! ran an die Arbeit! Fegt mit Eisenbesen den Unrat endlich aus — und radikal!

Joseph Maria Franz.

Keine Hilfe dem Diktator.

Der unmittelbare Anlaß zu Mussolinis Gehebre gegen Deutschland war eine außenpolitische Rede des bairischen Ministerpräsidenten Held, der es für nötig hielt, sich in Dinge einzumischen, die nur den Außenminister des Reiches angehen. Denn trotz der beklagenswerten Zerissenheit Deutschlands in selbständige Länder wird doch — allerdings nur theoretisch, wie Bayern bewiesen hat — die Außenpolitik vom Reiche gemacht. Damit ist zwar der ausgeprägte Größenwahn Mussolinis nicht entschuldigt, aber der ganze Fall zeigt wieder einmal, wie gefährlich es für das Reich werden kann, wenn ein Land für sich glaubt, eigne Wege gehen zu müssen. Es ist sehr fraglich, ob Mussolini, der sich schon längere Zeit danach sehnt, seine innern Schwierigkeiten durch einen äußern Konflikt zu verdecken und zu meistern, ohne die Rede Helld's über die Söldnerfrage eine Möglichkeit zu der Brandrede vom Sonnabend gefunden hätte.

Stresemann wird am Dienstag im Reichstag darauf antworten. Es ist zu hoffen, daß er den Rat des „Vorwärts“ beachtet, der Stresemann darauf aufmerksam macht, daß seine Rede anders klingen müsse wie die Mussolinis; denn für ihn — Stresemann — gäbe es nicht mildernde Umstände, weil er — im Gegensatz zu Mussolini — über gesunde Nerven verfüge.

Wie peinlich übrigens die Mussolinirede seinen deutschen Freunden, den Sakentzählern und Deutschnationalen, ist, verrät die „Deutsche Zeitung“, die am Montag abend schreibt:

Wir sind stets ein Bewunderer der Tatkraft und böhmisches italienischen Einstellung Mussolinis gewesen, und werden dem Diktator Mussolini an Ruhm und Ehren lassen, was ihm zukommt. Wir erbittern uns aber eine Sprache, wie sie Mussolini am Sonnabend geführt hat. Der gute Herr scheint an Größenwahn zu leiden und ganz vergessen zu haben, daß nicht ehrlische Freundschaft mit Deutschland, sondern Verrat am Bundesgenossen und Feigheit gegenüber dem in Waffen stehenden Frankreich die Parole der italienischen Politik seit 25 Jahren gewesen ist.

Herr Mussolini scheint auch vergessen zu haben, was er einst über den Frieden von St. Germain gesagt hat. Am 11. September 1920 begrüßte er die durch den Frieden von St. Germain zu „Italienern“ gemordeten Deutschen Söldner. Nachdem er betont hatte, daß jetzt der Brenner die unüberwindliche Grenze Italiens geworden sei, fuhr er fort: „Wir gehören nicht zu denen, die eine deutsche Fremdenherrschaft fürchten. Sie wird gewiß nicht gewalttätig aufzutreten und nicht gefährlich sein, wenn Italien in den Gebieten des Hoch-Etich eine aufrichtig und ehrlische demokratische Politik verfolgen wird. Von jetzt an müssen die Zeitungen und das Parlament der Deutschen das Hoch-Etich, die heute politisch Italiener sind, sagen, daß Italien nicht die Absicht hat, sie zu unterdrücken oder ihres Volkstums zu berauben, daß es ihre Sprache und Gebräuche achtet und ihnen die notwendigen Freiheiten in der Verwaltung gewähren wird.“

Gibt es etwas Drolligeres und gleichzeitig Dümmeres wie dieses Zitat, das unmittelbar folgt auf den Satz, man bewundere den Diktator Mussolini? Wer selbst für Diktatur schwärmt, wer einen erfolgreichen Diktator im Ausland seines diktatorischen Schneides wegen verehrt, der hat wahrhaftig kein Recht, ihm vorzubehalten, daß er früher einmal versprochen hat, eine „ehrlische demokratische“ Politik zu verfolgen. Wenn ihr deutschen Diktaturläugner nur ein bißchen mit Logik behaftet wäret, dann dürftet ihr Mussolini doch wahrhaftig nicht tabeln, daß er früher mal von Demokratie sprach und heute sich nicht danach richtet. Aber das ist eben deutschnational, was ebensoviel heißt wie „sich selbst widersprechend“.

Die ganze deutsche Presse ist einig in der Ablehnung der unsinnigen Gehebre des italienischen Diktators. Aber gerade diese Einigkeit darf den Außenminister nicht verleiten, unvorsichtig zu sein. Mussolini giert nach äußern Konflikten und Deutschland hat keinen Anlaß, ihm seine erschütterte Stellung in Italien dadurch zu festigen, daß er ihm auf dem Wege der nationalen Verhegung folgt.

Notizen.

Wandt noch nicht entlassen. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: Der Erlass des Reichspräsidenten, der den Schriftsteller Heinrich Wandt, wegen des Restes der über ihn verhängten Zuchthausstrafe begnadigt, wurde dem Reichsjustizministerium am Sonnabend zugeleitet und von diesem alsbald an das Reichsgericht überfandt. Trotzdem sitzt Wandt immer noch in Haft. Die in Moabit angestellten Bemühungen seines Verteidigers und seiner Freunde, seine Entlassung durchzusetzen, blieben ohne Erfolg. Es wird notwendig sein festzustellen, wer an dieser skandalösen Hinanzögerung der Freilassung schuld ist.

Keine Bedürftigkeitsprüfung. Ein vom Steuerauschuß des Reichstags gebildeter Unterausschuß hat am Montag beschlossen, im Steuerauschuß eine Änderung des Artikels 3 des Tabaksteuergesetzes dahingehend vorzuschlagen, daß für die vollvermögenslosen Tabakarbeiter und Angestellten die Bedürftigkeitsprüfung künftig in Wegfall kommen soll.

„Amnestie“ in Sowjetrußland. In Sebastopol, wie überhaupt auf der ganzen Krim, werden gegenwärtig wieder eine Menge Verhaftungen und Hinrichtungen an höhern Militärs der Wrangel-Armee vorgenommen. Es handelt sich hauptsächlich um Leute, die geflüchtet auf die ihnen gewährte Amnestie, im Juli und August vorigen Jahres aus Bulgarien und Serbien nach Rußland heimkehrten. Allein im Militärgegend von Sebastopol befinden sich gegenwärtig mehr als 400 politische Häftlinge; die eine Hälfte sieht ihrer Verurteilung entgegen und die andre soll nach Sibirien abtransportiert werden.

Der Ueberfall der Sowjetkuriere. Rußland behauptete, der vor einigen Tagen in einem lettischen Eisenbahnhof erfolgte Ueberfall zweier Sowjetkuriere, bei dem ein Kurier getötet und der andre schwer verletzt wurde — allerdings wurden auch die beiden Angreifer erschossen — sei ein politisches Attentat gewesen. — Die lettische Telegraphenagentur meldet dazu: Die Leichen der beiden Mörder der Sowjetkuriere sind identifiziert worden. Es handelt sich um die beiden Brüder Gaborowich, Polen aus Litauen, die erst am Abend vor dem Verbrechen nach Riga gekommen waren. Sie waren politisch nicht interessiert. Die Zeugenaussagen lassen keinen Zweifel darüber, daß der Ueberfall rein krimineller Art war. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß danach der Fall keine politischen Konsequenzen für die Beziehungen Lettlands zur Sowjetunion haben werde.

Depeschen.

Zollabkommen mit Frankreich.

Paris, 9. Februar (Radio). Das von der französischen Regierung gewünschte provisorische Handelsabkommen zugunsten der französischen Früchte u. s. w. soll nach dem „Petit Parisien“ abgeschlossen worden sein. Es soll auf die Dauer von drei Monaten beschloßen sein und räumt für die Zeit vom 1. März bis 31. Mai den Erzeugnissen der französischen Landwirtschaft in Deutschland eine Reihe von Zollermäßigungen ein. Als Gegenleistung dafür erhält Deutschland für die Zeit vom 1. April bis 31. Juli eine entsprechende Ermächtigung der französischen Zollfahre für pharmazeutische Artikel, elektrische Präzisionsapparate und Möbel. Das Abkommen bedarf zu seiner Gültigkeit allerdings noch der Zustimmung der beiden Regierungen.

Niederlage Doumer's.

Paris, 9. Februar. (Radio.) Die französische Linke hat am Montag dem Finanzminister Doumer's eine neue schwere Niederlage beigebracht. Der von dieser gestellte Antrag auf Zurückstellung der von der Kommission vorgeschlagenen Umwandlung der Inhaber in Namenspapieren wurde von der Kammer mit 287 gegen 233 Stimmen abgelehnt. Doumer's, der noch am Montag nachmittag jedes Kompromiß in der Finanzkommission sehr von oben herab zurückgewiesen hatte, hat sich nach der Abstimmung bereiterklärt, die „Zusammenarbeit“ mit der Kommission wieder aufzunehmen.

Reistung aus Seerout.

Ab. Galijar, 9. Februar. Das hiesige Bureau der kanadischen Fischereiverwaltung erhielt eine drahtlose Nachricht, in der es heißt, daß sie von dem Dampfer „Vrienden“ herrühre. Die Nachricht besagt, daß das meldende Schiff die Mannschaft des deutschen Dampfers „Apis“ übernommen hat, der 1880 Meilen östlich von Kap Race am 5. Februar verlassen worden sollte. Im Schiffsregister ist ein Dampfer Vrienden nicht verzeichnet, jedoch hat ein holländischer Dampfer „Vrienden“ am 31. Januar Rotterdam mit dem Bestimmungsort Vorland in Seine verlassen.

Am Mittwoch den 10. Februar

beginnen unsere
eifrigst
bekannt

SERIEN-TAGE

Außergewöhnliches in Preis u. Qualität darbieten, ist der Zweck unserer **Serien-Tage**, mit denen wir wiederum unsere unübertroffene Leistungsfähigkeit beweisen wollen.

95

- 2 Meter Pohnessel 80 cm breit . . . 95
- 1 Meter Makotuch ägypt., 80 cm breit . 95
- 2 Meter Kleider-Velour 95
- 1 Meter Schürzenstoff 116 cm br., hell u. dunkl. gebr. . 95
- 1 Meter Hemden-Zephir gezeichnet . . 95
- 1 Meter Etamine 150 cm, farbig . . . 95
- 1 Meter Gardinen gute Qualität 95

- 1 Aluminium-Essenträger 11 cm . . . 95
- 1 Aluminium-Milchtopf 3 Liter 95
- 1 Konsole mit 2-Siter-Platz 95
- 1 Emaillier-Eimer 28 cm, fehlgezeichnet . 95
- 1 Stobenbesen 95
- 1 Roßhaar-Handfeger 95
- 1 Messerkasten steifig 95

- 8 Küchenmesser Stahl 95
- 1 Paar Solinger Edbestecke vernickelt . 95
- 1 Soutache-Einkaufsnetz 95
- 1 S.-S.-S.-Garn u. 2 Paletten Meyers Billigbunt, aufam. 95
- 1 Emaillier-Waschbecken 34 cm 95
- 1 Emaillier-Nachtgeschirr 20 cm . . . 95
- 1 Emaillier-Kaffeekanne 95

- 4 Porzellantassen mit Untertassen . . 95
- 6 Porzellaneller 10 cm, bezer 95
- 6 Goldrandteller 15 cm 95
- 12 Kronen-Kerzen 95
- 12 Wassergläser 95
- 10 Glasdessertteller 95
- 6 Glasteller und 1 Schüssel zusammen 95

- 4 Staubtücher mit Rante 95
- 4 Wischtücher farbig, 45x45 cm . . . 95
- 2 Wischtücher Halbseiden 95

1 Schlafdecke grün mit farbiger Rante 95

- 10 Kindertücher mit farbiger Rante . . 95
- 10 Damen-Tücher mit Hochkante . . . 95
- 6 Kindertücher mit gestickten Bildern . 95

- 1 Junperschürze bunt und gezeichnet . 95
- 1 Mädchen-schürze bunt, Hängersform . 95
- 1 Hausschürze gezeichnet 95

1 Damenhemd mit Hochkante 95

- 1 Hemdkleid geblüht, mit Sangeite . . 95
- 2 Erntingjackchen geblüht 95
- 1 Wickeltuch farbig bestickt 95

- 1 Damen-Schlupfhose flor. 95
- 2 Kurz-schlupfhose feingestrickt . . . 95
- 1 Unterhülle feingestrickt 95

1 Damenanzug Normal, Größe 40 bis 100 cm . 95

- 1 An erkrankten feingestrickt 95
- 1 Kinder-Schlupfer geblüht 95
- 1 Springhöschen Rosa, 40 bis 55 cm . . 95

- 3 Paar Damen-Strümpfe schwarz, braun, grau 95
- 1 Paar Damen-Strümpfe schwarz, braun, grau 95
- 1 Paar Damen-Strümpfe schwarz, braun, grau 95

1 Paar Kinder-Strümpfe schwarz 95

- 2 Paar Herren-Socken grau, braun . . . 95
- 1 Paar Herren-Socken gezeichnet oder farbig 95
- 1 Paar Herren-Socken Spezialsocke 95

- 1 Meter Kissenstoffs 95
- 1 Meter Kissenstoffs 95
- 1 Meter Kissenstoffs 95

1 Meter Kinder-Schürze 95

- 1 Meter Tüll 95
- 1 Meter Tüll 95
- 1 Meter Tüll 95

- 1 Damenhemd mit Rante 1.95
- 1 Damen-Jumper 2.95
- 1 Kinder-Jumper 1.95
- 1 Kinderhemd mit Rante 3.95

195

- 1 Meter Kostümstreifen 100 cm breit . 1.95
- 1 Meter Mantelstreifen 145 cm breit . 1.95
- 1 Meter Wollmusselin 1.95

1 Meter Anzugsstoff reine Wolle, gezeichnet . . 1.95

- 1 Meter Cheviot-reine Wolle, doppeltbreit . . 1.95
- 1 Meter Waschseide gezeichnet u. farbig . 1.95
- 1 Meter Maskensamt 1.95

- 1 Meter Madrasstoff 130 cm breit . . 1.95
- 1 Meter Kungrestoff weiß, 110 cm br. . 1.95
- 1 Malstare Glamine mit Einfaß . . . 1.95

1 Peiser-Polyger insüßert, zweifellig 1.95

- 1 Frauenhose mit langem Arm 1.95
- 1 Kinderrock farbig 1.95
- 1 Kinderkleid Schürze, 45-55 cm . . . 1.95

- 1 Kessenschürze gezeichnet 1.95
- 1 Junperschürze bunt und gezeichnet . 1.95
- 1 Kesselschürze mit Trägern 1.95

1 Damen-Hemd Schürze oder Träger, mit Schürze 1.95

- 1 Damen-Beinkleid geblüht, mit Reif . . 1.95
- 1 Junger-Unterhülle geblüht 1.95
- 1 Mädchen- oder Kinderkleidchen . . 1.95

- 1 Paar Damen-Strümpfe schwarz, braun, grau . . . 1.95
- 1 Paar Damen-Strümpfe schwarz, braun, grau . . . 1.95
- 1 Paar Damen-Strümpfe reine Wolle . . . 1.95

1 Schlafstube-Banduch weiß, mit Kissenstoffs . . . 1.95

- 1 geräumiges Kissen schwarz 1.95
- 1 Tischdecke gelbweiss 1.95
- 1 Kissen 1.95

- 1 Damen-Hemd hose weiß, feingestrickt . 1.95
- 1 Damen-Schlupfhose gefüttert 1.95
- 1 Unterhülle feingestrickt 1.95

1 Damen-Schlupfhose Samtseide feinfarbig . 1.95

- 1 Herren-Normalhemd 1.95
- 1 Einsatz-Hemd mit Ripseinsatz . . . 1.95
- 1 Normal- oder Mako-Hose 1.95

- 3 Meter Hemdenbarchent 1.95
- 1 Meter Bettuch-Dowlas 150 cm breit . 1.95
- 1 Meter Linon 150 cm breit 1.95

3 Meter Hemden-Zephir gebr. u. einfarbig . 1.95

- 1 Meter Kaffeedeckenstoff 137 cm br. . 1.95
- 1 Kaffeedecke 110x110 1.95
- 5 Damast-Tea-Servietten 1.95

- 1 Damenkleid aus farbigem Stoffen . . 2.95
- 1 Unterkleid farbig Samtseide 2.95
- 1 Kinder-Spielhöschen 2.95

1 Halbstore in Glamine u. Ede 2.95

- 1 Meter Bauernleinen gebr., 110 cm . . 2.95
- 1 Meter Madrasstoff 130 cm breit . . 2.95
- 1 Meter Linoleumläufer 90 cm breit . 2.95

- 1 Herren-Normal- oder Mako-Hemd . 2.95
- 1 Herren-Makohose 2.95
- 1 Herren-Futterhose 2.95

1 Damen-Hemd hose Samtseide, feinfarbig . . 2.95

- 1 Damen-Hemd hose weiß, feingestrickt . 2.95
- 1 Damen-Prinzrock Samtseide 2.95
- 1 Kinder-Unteranzug grün, mit Futter, 80 bis 100 cm . . 2.95

- 5 Meter Waschstoff 80 cm 2.95
- 1 Kessel-Bettuch 135x210 2.95
- 4 Dreieckstücher gelb 45x100 cm, gef. u. geb. . . . 2.95

10 Kaffee-servietten weiß mit farbiger Rante 2.95

- 1 Meter Popeline doppeltbreit 2.95
- 1 Meter Seidenstrick 140 cm 2.95
- 1 Meter Frotteestoff für Bettdecken . 2.95

1 Tierschürze bunt Seide 2.95

- 1 Wiener Schürze extra weit 2.95
- 1 Prinzrock mit Gürtel-Selbst 2.95

1 Damen-Beinkleid Schürze, mit Hochkante . 2.95

- 1 Kaffeeservice steifig, Blumenmuster . . 2.95
- 6 Aluminium-Milchöpfe 2.95
- 1 Aluminium-Schmortopf 24 cm . . . 2.95

1 Em.-Toil.-Eimer Porzellanform mit Deckel 2.95

- 1 Emaillier-Wanne ovale Form, 48 cm . 2.95
- 1 Tortenplatte Majolika, 30 cm . . . 2.95
- 1 Tortenheber zusammen 2.95

- 1 Kaffeeservice steifig, Blumenummuster . 2.95
- 1 Cheviotkleid reine Wolle 3.95
- 1 Kostümrock englischer Stoff 3.95

1 Mr. Kleiderseide waschbar, eleg. Muster 3.95

- 1 Meter Mantelflansch 145 cm breit . . 3.95
- 1 Meter Donegal 180 cm breit 3.95
- 1 Meter Bru:enstreifen Raumgarn . . . 3.95

- 6 Meter Renforcé 80 cm 3.95
- 1 Tischdecke Halbseiden, 180x160 . . . 3.95
- 1 Künstler-Garnitur steifig 3.95

1 Regenschirm f. Dam. od. Herr 12teilige Topfform od. Bogung 3.95

- 1 Trikot-Sportweste farbig 3.95
- 1 Männerhemd Schürzebarchent . . . 3.95
- 1 Damen-Hemd und -Beinkleid reich mit Einfaß garniert 3.95

- 1 Meter Colonne Wolle mit Seide . . . 4.95
- 1 Meter Crêpe marocain 100 cm . . . 4.95
- 1 Meter Velours de laine 140 cm . . . 4.95

1 Sportweste reine Wolle gezeichnet . . . 4.95

- 1 Barkfisch-Kleid in Cheviot 4.95
- 1 Plissee-rock marine und farbig . . . 4.95
- 1 weiße Wollkrap-Hose Gemf. 4.95

1 Paar Herren-Strümpfe schwarz, braun, grau 2.95

- 1 Paar Herren-Strümpfe schwarz, braun, grau 2.95
- 1 Paar Herren-Strümpfe reine Wolle, schwarz und farbig . 2.95

95

- 5 Herren-Sportkragen 95
- 4 Stehmlagekragen 95
- 2 Rips-Servietten 95

1 Selbsthinder letzte Reihenfolge . . . 95

- 1 Paar Rosenträger 95
- 1 gezeichnete Kissen schwarz 95
- 1 gezeichnete Küchenhandtuch bef. . . . 95

1 Mitteldecke 60x80 und 80x80, mit Kissenstoffs . . . 95

- 1 gezeichnete Kaffeemütze steifig . . . 95
- 1 gezeichnete Klammschürze 95

ABITTEDWSEI Breiter Weg 61